



Niederschrift 31. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen

Sitzungstermin: Mittwoch, 15.02.2023
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 20:50 Uhr
Ort, Raum: Plenarsaal, Stadtverwaltung Potsdam, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, 14469
Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr Dr. Hagen Wegewitz SPD

Ausschussmitglieder

Frau Wiebke Bartelt	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Tiemo Reimann	SPD	Teilnahme 18:00 Uhr - 19:50 Uhr
Herr Jens Dörschel	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Michél Berlin	Sozial.DIE LINKE	
Herr Günter Anger	CDU	
Frau Laura Kapp	DIE aNDERE	
Herr Helmar Wobeto	AfD	

zusätzliches Mitglied

Herr Dr. Hans-Jürgen
Scharfenberg DIE LINKE

sachkundige Einwohner

Herr Dr. Nicolas Bauer	DIE aNDERE
Herr Klaus-Peter Kaminski	DIE LINKE
Herr Christian Rindfleisch	Bürgerbündnis
Frau Dr. Ursula Schäfer-Preuss	SPD
Herr Robert Sperfeld	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Horst Volker Zimmermann	Freie Demokraten

Beigeordneter

Herr Burkhard Exner Bürgermeister,
Geschäftsbereich 1

Vertreter der Beiräte

Frau Christel Pflug Seniorenbeirat

zusätzliches Mitglied

Herr Wolfhard Kirsch Bürgerbündnis entschuldigt

Vertreter des zusätzlichen Mitgliedes

Frau Dr.med. Carmen Klockow Bürgerbündnis entschuldigt

sachkundige Einwohner

Frau Ariane Wargowske CDU nicht entschuldigt

Gäste

Herr Teuteberg FDP
Frau Strobel GB 1 / GStelle 103
Frau Reinwardt GB 1 / GStelle 103
Herr Schmidt GB 1 / FBL 11
Frau Maybaum GB 1 / FB 11
Frau Ziesmer GB 1 / GStelle 101
Herr Kümmel GB 4
Frau Stolzmann GB 4 / BL 413
Frau Straßberger GB 4 / FB 41
Herr Pfeiffer GB 2/ FBL 23
Herr Martens RPA

Schriftführerin

Heike Köthur

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle

Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
21.12.2022

- 3 Information zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 4.1 Finanzielle Beteiligung am Pflegeaufwand der Stiftung Preußische Schlösser
und Gärten
Vorlage: 22/SVV/0704
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen und Projekte
- Wiedervorlage -
 - 4.2 Strategische Steuerung durch SMARTe Ziele
Vorlage: 22/SVV/0820
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Wiedervorlage -
 - 4.3 Haushalt 2023/2024 Verwendung der Mittel für Freiwillige Leistungen
Vorlage: 22/SVV/1104
Fraktion CDU
- Wiedervorlage -
 - 4.4 Rahmenplanung Stadtraum "Am Kanal"
Vorlage: 22/SVV/0958
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung
 - 4.5 Bad für den Norden der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 22/SVV/1220
Fraktion CDU
 - 4.6 Kiez-Schwimmbad Nord verbindlich in die Planung aufnehmen
Vorlage: 23/SVV/0049
Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam und SPD
 - 4.7 Sonntagsöffnung der Stadt- und Landesbibliothek
Vorlage: 22/SVV/1265
Fraktion DIE aNDERE
 - 4.8 Einrichtung Familienbüro
Vorlage: 23/SVV/0002
Fraktion DIE aNDERE
 - 4.9 Umsetzung Holzbau-Initiative
Vorlage: 23/SVV/0030
Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters
- 5 Mitteilungen der Verwaltung

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die 31. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 21.12.2022

Die Ladung und Tagesordnung zur 31. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen haben form- und fristgerecht vorgelegen.

Zu Beginn der Sitzung sind 9 stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses anwesend.

Herr Anger bittet um die Zurückstellung des Antrages unter TOP 4.3, DS 22/SVV/1104.

Herr Dr. Wegewitz informiert, dass die Verwaltung um Zurückstellung des TOP 4.9, DS 23/SVV/0030 bittet.

Der Ausschussvorsitzende stellt folgende Änderungsvorschläge zur **Tagesordnung** zur Abstimmung:

Zurückstellung der TOP 4.3 und TOP 4.9

Zustimmung:	9
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

Damit stimmen die Ausschussmitglieder der geänderten Tagesordnung zu.

Die **Niederschrift** der Sitzung vom 21.12.2022 wird mit 7/0/2 bestätigt.

zu 3 Information zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam

Die in der Ausschusssitzung regelmäßige Information zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam in Form einer Präsentation entfällt, da die neuen relevanten Daten erst ab dem 01. März 2023 vorliegen werden.

Herr Rindfleisch spricht das Thema „Umsatzsteuersenkung bei der EWP“ an und führt zum Vorgehen der EWP aus.

Im Ergebnis der Verständigung wird die **Behandlung der Thematik im Hauptausschuss** vorgeschlagen.

zu 4 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 4.1 **Finanzielle Beteiligung am Pflegeaufwand der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten**

Vorlage: 22/SVV/0704

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen und Projekte
- Wiedervorlage –

Herr Dr. Scharfenberg nimmt Bezug auf die Diskussionen im Hauptausschuss und seine dort gestellten Fragen.

Es folgt eine ausführliche Diskussion hinsichtlich der Auswirkungen „Parkeintritt“, „kein Parkeintritt“ - und der damit eventuell verbundenen Einschränkungen für den Zugang.

Herr Kümmel nimmt Bezug auf seine Ausführungen in der Hauptausschusssitzung und informiert zum Ablauf der Frist - Ende 2023.

Herr Kümmel bestätigt, dass die LHP bei Zahlung der 1 Mio € darüber informiert werde, was die Stiftung damit finanziert. Die LHP hätte in diesem Fall Einfluss auf die Dauer und Inhalte. Die finanziellen Mittel seien im städtischen Haushalt 2024 noch nicht eingeplant.

Im Rahmenvertrag seien max. 5 Mio € für 5 Jahre festgeschrieben worden.

Herr Exner spricht die vorgesehene Einbringung des Haushaltes in die Stadtverordnetenversammlung am 01. März 2023 an und bestätigt, dass die o. g. finanziellen Mittel nicht enthalten sein werden. Herr Exner erklärt, wenn man die Mittel einstellen wollte, müsste man sich im Rahmen der Haushaltsdiskussion hinsichtlich der Deckung / Teildeckung verständigen.

Der Ausschussvorsitzende stellt den **Änderungsantrag / Neue Fassung der CDU – Fassung vom 05.09.2022** - zur Abstimmung:

Zustimmung: 1
Ablehnung: 5
Stimmenthaltung: 3

Der Ausschussvorsitzende stellt den **Ergänzungsantrag der CDU – Fassung vom 09.12.2022** - zur Abstimmung:

Zustimmung: 3
Ablehnung: 6
Stimmenthaltung: 0

Der Ausschussvorsitzende stellt den **Änderungsantrag der SPD – Fassung vom 23.01.2023** – zur Abstimmung:

Zustimmung: 4
Ablehnung: 4
Stimmenthaltung: 1

Der Ausschussvorsitzende stellt die **Beschlussvorlage DS 22/SVV/0704** zur Abstimmung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg eine neue Vereinbarung zur finanziellen Beteiligung der Landeshauptstadt am Pflegeaufwand der Potsdamer Parks und Gartenanlagen zu verhandeln.
2. Sollte die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten nachweisen können, dass trotz erhöhter Zuwendungen ihrer Stifter weiterhin ein Pflegedefizit in Potsdamer Parks und Gartenanlagen besteht, ist die Landeshauptstadt zur Wahrung des Gartendenkmals und zur Förderung des Tourismus, der Förderung des kulturellen Erbes, des Klimaschutzes und der Naherholung der Potsdamerinnen und Potsdamer bereit, einen finanziellen Beitrag zum Abbau des nachgewiesenen Defizits zu leisten.
3. Bedingung einer finanziellen Beteiligung der Landeshauptstadt ist die vereinbarte Zusage der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten, für die Parks und Gartenanlagen auf dem Gebiet der Stadt Potsdam für die Laufzeit der Vereinbarung keinen pflichtigen Eintritt zu erheben.
4. Der finanzielle Beitrag der Landeshauptstadt darf maximal 1 Mio. Euro für das Jahr 2024 betragen. Der Vertragsabschluss steht unter Vorbehalt des Beschlusses durch die Stadtverordnetenversammlung.
5. Der Vertrag wird zunächst für das Jahr 2024 verlängert und im Herbst 2024 evaluiert.
6. Die SPSG wird gebeten, bis spätestens Ende des zweiten Quartals 2024 ein ausgearbeitetes Konzept den Stadtverordneten vorzulegen, welches Alternativen zur finanziellen Beteiligung der LHP am Pflegeaufwand der SPSG aufzeigen soll. Dieses Konzept soll zur Entscheidungsfindung über die Verlängerung der finanziellen Beteiligung am Pflegeaufwand über das Jahr 2024 hinaus geeignet sein und insbesondere über mögliche Kosten und geplante Zugangsbeschränkungen für die Potsdamerinnen und Potsdamer aufklären.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 3
Ablehnung: 5
Stimmenthaltung: 1

zu 4.2 **Strategische Steuerung durch SMARTe Ziele**

Vorlage: 22/SVV/0820

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- Wiedervorlage –

Frau Bartelt nimmt Bezug auf die vorliegende neue Fassung des Antrages, welche anschließend von Herrn Dr. Wegewitz vorgelesen wird.

Der Ausschussvorsitzende stellt die neue Fassung des Antrages zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Verankerung von qualitativen Zielen **im Berichtssystem sowie** in der Haushaltsplanung ~~und dem Berichtssystem~~ der Landeshauptstadt **Potsdam** ~~in die Wege zu~~ leiten fortzuentwickeln. Zukünftig soll kriterienorientierte Zielerfüllung als Steuerungsinstrument (~~Budgeting-Ansatz~~) wirksam werden.

Dazu sollen in einem ersten Schritt modellhaft zwei Ziele ausgewählt werden.

1. die Auswirkung auf die Klima Bilanz;
2. die Auswirkung auf die Gleichstellungsorientierung.

~~Für den Haushalts- und Berichts-Zeitraum 2023/24 sollen Leuchtturm-Projekte von den Fachbereichen benannt werden, die modellhaft beide Ziele in ihre Berichtsmatrix aufnehmen wollen.~~

- ~~• Die Ziele in den Berichten zum Haushalt sollen SMARTe Ziele sein (spezifisch, messbar, akzeptiert, realistisch und terminiert).~~
- ~~• Sie sollen in dem Berichtswesen des Haushaltes standardmäßig darstellbar sein.~~
- ~~• Die einzelnen Positionen der Kostenstellen, bzw. die im Haushalt verankerten Maßnahmen und Projektbudgets sollen im Hinblick auf ihre Wirksamkeit auf die o.a. Ziele bewertbar sein.~~

Für das vorhandene Berichtswesen der Fachbereiche soll im Jahr 2023 damit begonnen werden, bereits verfügbare Daten für die beiden Ziele heranzuziehen un darzustellen. In den Berichten sollen dafür geeignete und aus den bestehenden Daten abbildbare Kennzahlen ausgewiesen werden, die für die o. g. Ziele auswertbar sind.

Für die zukünftige Haushaltsplanung ab dem Jahr 2025 soll für diese Ziele in den Formularen der Produktbeschreibungen ein jeweiliger Passus aufgenommen werden, der sofern zutreffend, modellhaft bearbeitet werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	4

zu 4.3 Haushalt 2023/2024 Verwendung der Mittel für Freiwillige Leistungen

Vorlage: 22/SVV/1104

Fraktion CDU

- Wiedervorlage –

Der Tagesordnungspunkt wurde mit der Feststellung der Tagesordnung **zurückgestellt**.

zu 4.4 Rahmenplanung Stadtraum "Am Kanal"

Vorlage: 22/SVV/0958

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung

Herr Dr. Wegewitz nimmt Bezug auf die vorliegenden Voten der Ausschüsse KUM und SBWL und bittet Frau Stolzmann um weitere Ausführungen.

Frau Stolzmann informiert auf Nachfrage zum konkreten Vorhaben (Quartiersentwicklung soll angeschoben werden).

Die vorbereitete Präsentation wird der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Nach Verständigung stellt der Ausschussvorsitzende den **Antrag des SBWL-Ausschusses** zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Zur Ermittlung, Untersuchung und Bewertung zukunftsfähiger, nachhaltiger städtebaulicher Entwicklungspotentiale sollen eine **Rahmenplanung als integriertes Handlungskonzept** und vertiefende Gutachten **für den Stadtraum „Am Kanal“** durchgeführt werden. Als Teilbereiche sind die Grundstücksflächen zwischen der Türkstraße und Holzmarktstraße sowie des 3. Bauabschnitts des Stadtkanals zwischen Kellertor- und Berlinerbrücke Bestandteil dieser Planungen. Der Untersuchungsbereich für den Stadtraum „Am Kanal“ ergibt sich aus der Anlage 1.
2. Die Aufnahme in Förderprogramme zur Planung und Umsetzung von Maßnahmen soll geprüft werden.
3. **Die Prüfung der Umgestaltung des öffentlichen Raumes entlang der Straße Am Kanal erfolgt ergebnisoffen und in Varianten. Bei allen Varianten ist zu berücksichtigen, dass die Wiederherstellung des historischen Stadtkanals erreichbar bleibt und das Bodendenkmal nicht beschädigt oder zerstört wird. Alle Varianten sind mit Kostenschätzungen zu untersetzen. Die historische Wiederherstellung des Stadtkanals ist dabei für den 3. BA in der Rahmenplanung als Vorzugsvariante zu untersuchen. Die Erarbeitung der Genehmigungsplanung und Umsetzung dieser Planungsvariante erfolgt jedoch erst, sobald die Investition**

vollständig finanziell abgesichert ist. Auf Grundlage von verkehrstechnischen Untersuchungen sollen im Bereich des Kellertors auch Aussagen zur Ausgestaltung und Dimensionierung der Brücke gemacht werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 1
Stimmenthaltung: 2

zu 4.5 Bad für den Norden der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 22/SVV/1220

Fraktion CDU

Die Tagesordnungspunkte 4.5, DS 22/SVV/1220 und TOP 4.6, DS 23/SVV/0049 werden gemeinsam behandelt.

Zur DS 23/SVV/0049 liegt eine Neufassung des Antrages aus dem Ausschuss für Bildung und Sport vor, welche durch Herrn Berlin erläutert wird.

Herr Pfeiffer führt im Rahmen der Diskussion aus, dass der Bedarf bereits bestätigt sei.

Herr Exner weist kurz auf die finanzielle Situation der Bäderlandschaft, der SWP und der LHP hin und plädiert unter Bezugnahme auf § 16, Abs. 1 KomHKV für eine Überarbeitung des Antrages.

Der Ausschussvorsitzende stellt die DS 22/SVV/1220 zur Abstimmung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen:

1. Ob im Potsdamer Norden - einschließlich der Ortsteile und unter Berücksichtigung der Entwicklung von Krampnitz - in absehbarer Zeit bzw. schon jetzt Bedarf an einem Schwimmbad, vorzugsweise einem Hallenbad besteht,
2. welche Standorte zur Realisierung geeignet wären, zur Verfügung stehen bzw. verfügbar gemacht werden können,
3. welche Modelle zur Realisierung denkbar sind, wobei die verschiedenen Öffentlich-Privaten-Partnerschafts-Modelle (ÖPP) sowie die Nutzung oder Mitnutzung privater Immobilien und Flächen mitbetrachtet werden soll.

Das Ergebnis bzw. der Stand der Prüfungen ist bis Oktober 2023 im Ausschuss für Bildung und Sport vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 3
Ablehnung: 5
Stimmenthaltung: 1

zu 4.6 Kiez-Schwimmbad Nord verbindlich in die Planung aufnehmen

Vorlage: 23/SVV/0049

Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam und SPD

Der Tagesordnungspunkt 4.6, DS 23/SVV/0049 wurde gemeinsam mit dem TOP 4.5, DS 22/SVV/1220 behandelt (s. Ausführungen unter TOP 4.5)

Im Ergebnis der Diskussion wird die Drucksache **einstimmig zurückgestellt.**

zu 4.7 Sonntagsöffnung der Stadt- und Landesbibliothek

Vorlage: 22/SVV/1265

Fraktion DIE aNDERE

Der Antrag wurde in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25.01.2023 eingebracht.

Herr Exner legt dar, dass es sich hier um eine neue freiwillige Aufgabe handelt, die bisher nicht im Haushaltsplan aufgenommen sei.

Herr Dr. Wegewitz erkundigt sich nach den Deckungsmitteln und führt aus, dass es sich hier seines Erachtens um einen haushaltsbegleitenden Beschluss handele. Aus diesem Grund schlägt er vor, den Antrag bis zur Haushaltsdiskussion zurückzustellen.

Herr Dr. Scharfenberg bringt zum Ausdruck, dass er es für nicht verhältnismäßig erachte, hier zu sagen, eine Deckungsquelle ist nachzuweisen. Das Grundprinzip, alle neuen Anträge freiwilliger Leistungen nebeneinander zu stellen, sei gut. Nur hier werde die Gefahr gesehen, dass der Antrag untergehe.

Herr Rindfleisch spricht die Berichterstattung zur Haushaltslage, die in der heutigen Sitzung nicht stattfand (s. TOP 3) an und bittet in Vorbereitung der Entscheidungsfindung, welche freiwilligen Leistungen in den Haushaltsentwurf aufgenommen werden könnten darum, dass die Stadtverordneten im Rahmen der Berichterstattung darüber informiert werden, welche Belastungen / Aufwendungen den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln gegenüberstehen.

Der Ausschussvorsitzende stellt den **Antrag auf Zurückstellung bis zur Haushaltsdiskussion** zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5
Ablehnung: 2
Stimmenthaltung: 1

zu 4.8 Einrichtung Familienbüro

Vorlage: 23/SVV/0002

Fraktion DIE aNDERE

Der Antrag wurde in der Stadtverordnetenversammlung am 25.02.2023 eingebracht.

Herr Dr. Wegewitz führt aus, dass es sich hier um eine zusätzliche freiwillige Aufgabe handelt und beantragt die Zurückstellung der Drucksache bis zur Haushaltsberatung.

Herr Teuteberg hinterfragt die fachliche Zuständigkeit des Ausschusses für Finanzen und regt an, den Antrag in einen Prüfauftrag umzuwandeln.

Im Ergebnis der Diskussion wird der Antrag auf Zurückstellung bis zur Haushaltsberatung abgelehnt.

Der Ausschussvorsitzende stellt den geänderten Antrag, welcher von der Fraktion DIE aNDERE übernommen wird, zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt **zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen und mit welchem finanziellen Aufwand** die in der Mitteilungsvorlage 21/SVV/0675 erläuterte Konzeption zur Schaffung eines Familienbüros in der Landeshauptstadt Potsdam **umgesetzt werden kann**. Dabei soll die PHASE 1 INITIIERUNG ab dem 01.01.2024 gestartet werden.

~~Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die erforderlichen Finanzmittel in den Haushaltsentwurf 2023/2024 einzustellen.~~

Abstimmungsergebnis:

Dem geänderten Antrag wird mehrheitlich zugestimmt.

zu 4.9 Umsetzung Holzbau-Initiative

Vorlage: 23/SVV/0030

Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters

Der Tagesordnungspunkt wurde mit der Feststellung der Tagesordnung zurückgestellt.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

Keine Mitteilungen der Verwaltung.

gez. Dr. Wegewitz
Ausschussvorsitzender

gez. Köthur
Schriftführerin